

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zugpreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Hfermann
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr
für die sechsgespaltene Kolonelleiste 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Eine wesentliche Erhöhung der Streikunterstützung ist das Gebot der Stunde!

Die Situation im wirtschaftlichen Leben deutet auf schwere Kämpfe hin. Trotz der immer zunehmenden Verelendung der Arbeitermassen werden vom Unternehmertum Lohnabzüge geplant. Der Achtstundentag ist den Scharfmachern während nach unserer Meinung ein Ausbau dringend erforderlich ist. Am Horizont zeigen drohende Gewitterwolken schwere Kämpfe an. Da gilt es zu rüsten, sollen wir uns siegreich behaupten. Die Geldentwertung und Gemäßregelten-Unterstützung muß deshalb mindestens um 24 auf 60 Mf. pro Woche und nochmals Geld. Um den Kampffonds neu aufzufüllen und genügend Reserven anzusammeln, beschloß die erweiterte Beiratsitzung (siehe Bericht), den Beitrag für die Hauptkasse um 80 Pf. pro Woche auf 3 Mf. zu erhöhen. Wir erwarten von dem letzten unserer Kollegen, daß er diese Maßnahme des erweiterten Beirats unterstützt und bei der Urabstimmung die Vorlage des Vorstandes einstimmige Annahme findet. Kollegen, ihr habt eure Geschicke in der Hand! Gebt der Organisation die Mittel, deren sie dringend bedarf.

Der Reichskongreß der Betriebsräte

Fest in Sinn und Herz des deutschen Proletariats ist der Gedanke des Räte Systems eingezogen. Historisch begründet und durch den Gang der Entwicklung bestätigt, kann dieses System als Macht- und Herrschaftsinstrument des Proletariats angesehen werden. Die Geschichte aller Revolutionen zeigt mit aller Deutlichkeit, daß das Proletariat im Kampf für die Freiheit auf den Barricaden, auf der Straße und überall sein Gut und Blut einsetzte, um dann mit Hilfe einer formalen Demokratie um die Früchte des Sieges gebracht zu werden. Alle bisherigen Revolutionen hinterließen nach einer kurzen Spanne Zeit neue Knechtschaft; neue Sklaventaten wurden der Arbeiterklasse angelegt. Das Proletariat erkämpfte die Macht, konnte sie aber nicht halten und für die Zukunft festigen. Um die Macht des Proletariats zu halten und zu festigen, muß das bürgerliche Parlament zu einem Parlament der Arbeit werden. War das bürgerliche Parlament eine Gefehfabrikationsmaschine, die mit vielen und schönen Reden doch keine Taten hervorbrachte, so soll das Parlament der Arbeit die Legislative (Gesetzgebung) sein, aber auch zugleich die Exekutive (Gesetzesausführung) in sich vereinen. Es wird die Geschicke des ganzen Volkes, getrennt nach den politischen und den wirtschaftlichen Aufgaben, zu meistern versuchen. Deshalb gilt es, die Macht zu erkämpfen, um mittels der proletarischen Demokratie diese Macht zur dauernden Herrschaft zu festigen.

Die Revolution von 1918 brachte die Arbeiter- und Soldatenräte; durch die bald einsetzende Reaktion wurden dieselben wieder beseitigt. Man bescherte der deutschen Arbeiterklasse als Kompensation an den im Walle lebendigen Rätegedanken das Betriebsrätegesetz. Dieses Gesetz enthält minimale Rechte und nur ein scheinbares Kontroll- und Mitbestimmungsrecht in der Produktion. Das B.R.G. ermöglicht aber, neben den geringfügigen direkten Erfolgen für die Arbeiterklasse, eine Avantgarde von Arbeitern zu schulen, sie für den Produktionsprozeß befähigt zu machen. Und sollte die Arbeiterklasse abermals zur Macht gelangen, werden die Betriebsräte eine Garantie für Erhaltung und Festigung der proletarischen Macht sein.

Die jetzt herrschende Krise hat der Arbeiterklasse erneut gezeigt, daß auf der Grundlage des kapitalistischen Staates ein Emporarbeiten zur Höhe der Kultur unmöglich ist. Trotz allen kämpferischen Versuchen, den Kapitalismus zu halten und neu zu beleben, wird der wirtschaftliche Verfall Deutschlands täglich offensichtlicher. Das Elend und die Verzweiflung in der deutschen Arbeiterklasse wächst und so schaut das arbeitende Volk hoffnungsvoll auf den ersten Betriebsrätekongreß Deutschlands.

Nach langem Zögern hat endlich der A. D. B. den Kongreß der freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräte einberufen. Der Kongreß hätte schon längst stattfinden müssen, um den unglücklichen Reaktionen um die Organisationsform ein Ende zu bereiten. Dieser Kampf unter der Arbeiterklasse hat hemmend auf die Entwicklung gewirkt. Hier muß der Kongreß Klarheit schaffen.

Neue Männer treten auf den Plan, wohl vereint durch die Organisation, sich aber völlig persönlich fremd, gewillt, gemeinschaftlich zu arbeiten an dem großen Werk des Sozialismus. Ernst und Würde ruht auf allen als besonderes Zeichen dieses historischen wichtigen Augenblicks. Das Neue, werdende ringt sich durch. Aus flüchtigen Gesprächen ist zu entnehmen, daß der eiserne Wille zur Arbeit, zum Kampf für das Proletariat vorherrschend ist. Wohl wird versucht, die Organisationswirren, den Bruderkampf unter die Betriebsräte zu tragen, doch wird der Ernst der Zeit diese kleinen Geister scheitern lassen.

Der Tagung ging am Montag eine Vorgesprächung der Betriebsrätegruppe der Metallindustrie voraus. An ihr nahmen 191 Betriebsräte teil. Zur Information nahmen die Bezirksleiter unseres Verbandes teil; eine Anzahl Ortsverwaltungen hatten die mit der Betriebsrätefrage beauftragten Angestellten ebenfalls entsandt. Die Zeitung lag in den Händen unseres Hauptvorstandes.

Hoffnungsvoll sieht das Proletariat auf diese Tagung, die Kapitalistenklasse verfolgt sie mit stillem Unbehagen. Ist der Kongreß einig, bietet er kein Bild der oben Organisationswirren, dann wird es ein Sieg des organisierten, Klassenbewußten Proletariats sein. Die bange Frage: werden wir zu praktischer Arbeit kommen, wird diese Tagung nicht der Schauplatz proletarischen Bruderkampfes sein? ist auf den Gesichtern der erschienenen Betriebsräte zu lesen.

Bericht über die Metallarbeiter-Vorkonferenz

Mit dem Riede: „Grüße den Tag“ wurden die Betriebsräte der Metallindustrie von Berliner Sängern begrüßt. Kollege B i s t a (Berlin) heroischen Kampf der Berliner Arbeiterklasse für den Rätegedanken und wünscht, daß die Arbeiten der Vorkonferenz nützlich für den Rätegedanken sein mögen.

Kollege D i h m a n n erläutert hierauf den Zweck der Vorkonferenz. Es gilt, Stellung zu nehmen zu den Arbeiten des Kongresses der Betriebsräte und im zweiten Punkt Stellung zu nehmen zu einigen Verbandsangelegenheiten. Kollege B e i n g ä r t n e r (Düsseldorf) erwartet, daß Beschlüsse nur von den Betriebsräten gefaßt werden und an der Aussprache sich keine Gewerkschaftsangehörige beteiligen dürfen. Die Instandsetzungsabteilung der Betriebsräte muß aufgehoben. Demgegenüber betont Kollege D i h m a n n, die Betriebsräte seien hier als Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Von einer Bevormundung der Betriebsräte zu sprechen, sei sich bevormunden ließen.

Zu den Arbeiten des ersten Betriebsrätekongresses führt D i h m a n n aus: Gegen den Betriebsrätekongreß wurde von bestimmter Seite Sturm gelaufen, einmal, weil der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund überhaupt genagt hatte, einen solchen einzuberufen, und zum andern, daß nur freigewerkschaftliche Betriebsräte geladen wurden. Die Aufgaben der Betriebsräte sind solcher Art, daß sie nur von einer Stelle und in Verbindung mit den Gewerkschaften geführt werden können. Die Krise wird schwerer, die Verzweiflung in den Arbeitermassen steigt. Große Hoffnungen sind jetzt auf die Betriebsräte gesetzt, sie sollen jetzt Wegweiser sein. Dazu ist notwendig, daß sie ihren Willen und fest in der Tat sind, sie müssen sich freihalten von Wortgebimmel und Utopisterei. Den geraden Weg, den ihnen ihre klare Überzeugung zeigt, die sie aus ihrer praktischen Tätigkeit im Betrieb gewinnen, müssen sie unbeirrbar gehen. Sie wurzeln im Betrieb, in den organisierten Massen, von ihnen dürfen sie sich nicht trennen. Bemüht müssen sie sich der Macht des Gegners sein und sich nicht untereinander in Organisationsgruppchen spalten. Möge der Kongreß die freigewerkschaftlichen Betriebsräte zu praktischer Arbeit einen. Die Zerrissenheit der Arbeiterklasse läßt und zu keiner durchgreifenden Arbeit kommen. Wird der Betriebsrätekongreß zum Tummelplatz der Organisationswirren, wird er seinen Wert verlieren. Wir müssen versuchen, ihn auf geistiger Höhe zu halten. Wenn, wie gewünscht wurde, alle Betriebsräte, ganz gleich ob Christen, Hirsche, Unionisten und Syndikalisten, eingeladen worden wären, hätte dies wohl ein schönes Theater gegeben. Arbeitsfähig würde ein solcher Kongreß nicht sein. Die politische Arbeiterbewegung ist zerrissen und können wir das nicht mehr ändern. So müssen wir die wirtschaftliche Organisationswirren in voller Kraft und Geschlossenheit erhalten. Unsere grundsätzliche Stellungnahme zu dem Räte System ist auf dem Verbandstag festgelegt. Unsere Betriebsräte müssen sich auf dem Kongreß im Sinne des Verbandstages betätigen.

Der Beirat unseres Verbandes hat zu der Wirtschaftskrise Stellung genommen und unsere Maßnahmen festgelegt. Die Wirtschaftskrise kann ihre endgültige Lösung nur durch die Beseitigung des Kapitalismus und die Einführung des Sozialismus finden. Die Produktivität der kapitalistischen Produktionsweise muß verwinden, die Bedarfswirtschaft muß eingeführt werden. Der Generalstreik darf durch gedankenloses Herplappern nicht weiter diskreditiert werden, er ist unsere schärfste Waffe und kann nur als äußerstes Kampfmittel angewendet werden. Nur so bleibt dieses Schwert scharf und schneidend.

Die Betriebsräte dürfen ihren Belegschaften nicht mehr versprechen, als sie halten können, sonst kann es vorkommen, daß heute „Gottanna“ und morgen „Kreuziget“ gerufen wird. Die Betriebsräte als Glieder der Organisationen müssen gemeinsam mit diesen alle Aktionen fest in ihrer Hand behalten. Die Gewerkschaft muß mit

eingestellt werden auf die Epoche der wirtschaftlichen Revolution. Die Gewerkschaften können sich nicht durch eine Organisation der Betriebsräte verdrängen lassen. Wenn sich die Betriebsräte in einigen Orten schon auf bestimmte Formen festgelegt haben, so müssen sie sich jetzt der veränderten historischen Entwicklung anpassen. Wir haben keine politische Aktionsfähigkeit des Proletariats und so haben sich die Gewerkschaften mit einzustellen für den politischen Kampf. Redner erläutert das Programm des erweiterten Beirats (veröffentlicht in der M. Z. Nr. 41) über unsere Maßnahmen.

Für eine selbständige Räteorganisation wird im Organisationsleben kein Platz sein. Der D. M. V. wird in Zukunft nur noch die Kämpfe finanzieren, die die Gewerkschaften in der Hand haben. Hat die Räteorganisation wie bisher Kämpfe eingebracht, muß sie in Zukunft auch die Suppe selbst ausköffeln. Das Trauerspiel, das wir bis jetzt erlebt haben, muß aufhören. Wir können uns auf dem Kongreß von keiner Partei binden lassen. Die Zusammenfassung der Betriebsräte kann nur in der Gewerkschaft erfolgen. Der Reichsbetriebsrätekongreß darf nicht zum Tummelplatz der Parteimeinungen werden.

In der Diskussion sprachen sich zumeißt die Betriebsräte über die Zusammenfassung der Betriebsräte in den einzelnen Gegenden aus.

B e i n g ä r t n e r (Düsseldorf): Die Düsseldorf haben unter besonderen Verhältnissen zu kämpfen. Die Betriebsräte dürfen nicht Werkzeuge der Gewerkschaften werden, sich aber auch nicht den Direktiven der politischen Parteien unterordnen. Die Düsseldorf haben die selbständige Betriebsräteorganisation gegen 16 Stimmen angenommen. Die Christlichen, Hirsche und Unionisten werden nicht aufgenommen. (Siehe Magdeburg): Die Kollegen Magdeburgs stellen sich auf den Boden der Stuttgarter Verbandstagsbeschlüsse. Die Gewerkschaften müssen die Betriebsräte schulen. Der Kongreß muß die Richtlinien bringen, nach denen die Betriebsräte arbeiten können. Der politische Streit muß endlich ausgeschaltet werden, damit wir zur Tat und Aktion kommen. Die Machinationen der Betriebsrätezentrale müssen entschieden bekämpft werden. Was hat die Haller Zentrale bis heute geleistet? In den anderen Gegenden ist von den Gewerkschaften mehr geleistet worden. S c h w e i g (Frankfurt): So kann es in dem Rätekampf nicht mehr weitergehen. Klarheit muß geschaffen werden. In den Betriebsräten liegt die Kraft. Die Einigkeit des Proletariats muß hergestellt werden, eventuell muß sie über die Köpfe der Führer hinweg erfolgen. Er schlägt vor, eine Kommission von 21 Betriebsräten, denen Sachverständige und Theoretiker mit beratender Stimme beizugeben sind, zu wählen. Die Beschlüsse dieser Kommission müssen für alle bindend sein. Die selbständige Räteorganisation lehnt er ab.

S c h i f f e r (Düsseldorf): Wenn man über die selbständige Rätebewegung spricht, muß man sich auch deren Ursprung in den einzelnen Orten vor Augen führen. In Düsseldorf versagten die Gewerkschaftsführer. Die Betriebsräte mußten die Führung übernehmen. Die Arbeitermassen haben sich an den Aktionsausbruch gewöhnt und so stehen sie zur selbständigen Räteorganisation. M ü l l e r, R a g (Stuttgart): D i h m a n n hat einen Ton in die Versammlung gebracht, der zu bebauern ist. Die Kommunisten wollen nicht nur die freigewerkschaftlichen, sondern alle Betriebsräte zusammengefaßt wissen. Die Räte müssen innerhalb der Gewerkschaften selbständig zusammengefaßt werden, aber niemals als selbständige Vereinigung außerhalb des Verbandes. Zu allen Referaten des Kongresses müssen Korreferenten gestellt werden. E r n s t (Mannheim): In Mannheim sind keine Bestrebungen für eine selbständige Räteorganisation vorhanden. Wir arbeiten nach den Richtlinien unseres Verbandes. Wir müssen den Unternehmern die Föhne zeigen und zu Aktionen schreiten und dürfen nicht vor der Anwendung des Generalstreiks zurückweichen. Dem Proletariat muß durch die Tat gekolten werden. K e u t e r (Mainz): Die Bildung der Betriebsräte ist die Tagesfrage. Wir können uns nicht mit der selbständigen Räteorganisation befremden, da sie ein Übel ist.

R o e n e r (Galle): Wir müssen den Kollegen sagen, daß ihnen unter dem kapitalistischen System nicht geholfen werden kann. Der Sozialismus muß erkämpft werden. Revolutioniert die Köpfe! Die anwesenden Mitglieder der Betriebsräte Betriebsräte zu nennen, ist ein Übel. Nach Eroberung der politischen Macht können wir erst wirkliche Betriebsräte haben. In Galle haben wir tatsächlich alle Räte ohne Unterschied der Parteien auf einen einheitlichen Kampfboden gebracht. Die alten Gewerkschaften haben verjagt und das war der Fehler. Die Hirsche, Christlichen und Gelben beistimmen wir, wenn wir tatsächlich für das Proletariat praktisch arbeiten. S a l m (Bremen): Das Räte System ist bis jetzt nur ein Redesystem gewesen. Wir wollen den Sozialismus erkämpfen, keiner kommt aber vorwärts. Die selbständige Räteorganisation lehnen wir in Bremen ab. Wir müssen aufeinandergehender laßt kommt das Wort...

Im Schlußwort stellt Kollege Dismann verschiedene falsche Auffassungen richtig. Wir brauchen für unsere Kämpfe die Kopfschmerzen nicht selbständig in oder außerhalb der Gewerkschaften ist ein Wortspiel, sachlich kommt es auf das gleiche heraus. Die Betriebsräte sind nur in der Lage, den Kampf aufzunehmen, wenn sie mit den Gewerkschaften organisch verbunden sind. Den Gewerkschaftsbund müssen wir vorwärts treiben. Die Arbeitsgemeinschaft muß besetzt werden. Wenn wir in den Generalstreik treten, müssen wir genau die Situation prüfen. Der Generalstreik wird zum Bürgerkrieg führen, der dann nur mit der Besitzergreifung der Macht durch das Proletariat enden darf. Dann heißt es für die Betriebsräte, fest zuzugreifen. Wir müssen mehr Aufklärung schaffen. Der traurige Zustand von heute muß aufhören, daß der als Held gefeiert wird, der auf die Bühne tritt und den Mund aufreißt, wenn er auch noch so viel der materiellen, sondern von der idealen, ethischen Seite mitbringt, wenn wir den Klassenkampf wagen wollen.

Zum zweiten Tagesordnungspunkt legt Kollege Schäfer (Stuttgart) dar, daß die Streikunterstützung, die der Verband zahlt, nicht mehr ausreichend ist. Es ist versucht worden, mit lokalen Mitteln auszuweichen, was aber wirkungslos geblieben ist. Die Streikunterstützung der Hauptklasse muß auf 60 M. erhöht werden. Um der Hauptklasse die Mittel hierfür zu beschaffen, muß der Beitrag erhöht werden. Die erzielten Mittel werden durch die Krise aufgezehrt. Die Unternehmer betreiben den Abbau der Löhne, diesen Betreibungen ein Paroli zu bieten, muß unsere Kampfklasse gestärkt werden. Er bittet die Betriebsräte, in diesem Sinne zu wirken. Eine Diskussion fand über diesen Punkt nicht statt.

Folgende Resolution wurde mit allen gegen 15 Stimmen angenommen:

Die am 4. Oktober in Berlin tagende Konferenz der Betriebsräte des D.M.B. billigt die Auffassung und Stellung des Vorstandes und erweiterten Beirats in der Frage der Zusammenfassung der Betriebsräte und ihrer Aufgaben und erwartet, daß die Delegierten auf dem Betriebsrätekongress in diesem Sinne wirken.

Eine Resolution Weingärtner (Düsseldorf), nach jedem Referat einen Korreferenten zum Wort kommen zu lassen, wurde gegen 15 Stimmen abgelehnt.

Nach ermunternden Worten zu praktischer Arbeit wurde die Konferenz geschlossen.

Die Sozialisierung des Bergbaus

Von Josef Ernst (Hagen i. W.).

Selt Jahr und Tag arbeitet die Sozialisierungskommission, um praktische Vorschläge in der Frage der Sozialisierung zu machen. Endlich ist sie mit Vorschlägen über die Sozialisierung des Bergbaus hervorgetreten, die bei genauer Prüfung sich als durchaus unbrauchbar erweisen. Die Beschlüsse der Kommission, die auf einem Vorschlag des Herrn Mathenau basieren, müssen die schärfste Kritik der sozialistischen Arbeiterklasse hervorrufen, da deren Durchführung die Sabotierung der Sozialisierung des Bergbaus bedeutet.

Angeklagt soll sich nach den Vorschlägen Mathenaus die Sozialisierung des Bergbaus langsam vollziehen. Im Gegensatz zum Vorschlag Beberer, der die Vollsozialisierung anstrebt, soll nach Mathenau vorläufig die Produktion nicht sozialisiert werden. Man plant, unter Einschaltung des Privatbetriebes, nur die Bergesellschaftung des Kohlenhandels. Dieser Vorschlag Mathenaus in seinen Konsequenzen durchgedacht, würde ergeben, daß neben den privaten Kohlenproduzenten mit all ihren üblen Begleiterleistungen eine neue „Striegelschicht“ entstehen würde. Anstatt zur Sozialisierung zu führen, würde dieser Vorschlag nach Jahr und Tag seiner Durchführung dem Privatkapital die Gelegenheit geben, nachzuweisen, daß dieser „Sozialismus“ durchaus ungenügend für die Volkswirtschaft wurde. Es ist unvermeidlich, wie die rechtssozialistische Presse diesen Vorschlag als „Anfang einer Sozialisierung“ ausgeben kann. Die Vertreter der A.S.P. haben alle Veranlassung, im Parlament wie in den Gewerkschaften die schärfste Kampfstellung gegen diesen Vorschlag zu nehmen und mit allen Mitteln zu versuchen, das Gelingen dieses Vorschlags im Parlament zu verhindern. Die Vorbedingung der Sozialisierung im Bergbau ist die Überführung der Grubenanlagen aus den Händen des Privatkapitals in die Hände der gesamten Gesellschaft. Davon spricht der Vorschlag Mathenaus mit keinem Wort. Um dies zu veranschaulichen, wollen wir die wichtigsten Punkte des Vorschlags Mathenau folgen lassen.

Im Absatz 2 der Leitätze heißt es: „Der Reichskohlenrat übernimmt die Funktionen eines Zentral Syndikates. An ihn ist die gesamte Kohlenherzeugung zu Selbstkosten abzuliefern. Mit jedem Erzeuger findet individuelle Verrechnung statt.“ So soll also die Sozialisierung des Bergbaus aussehen! Der Privatunternehmer bleibt im vollen Besitz seiner Funktionen; mit jedem der Grubenbesitzer wird besonders über die geforderte Kohle verhandelt. Unter Selbstkosten sind nun nicht etwa die wirklichen Erzeugerkosten zu verstehen, nein, auch der Überpreis als Mehrwert des Kapitalisten wird nicht ausgeschlossen. Auf Umwegen wird der Unternehmergewinn wieder eingeschaltet.

Zu Absatz 7 ist zu lesen: „Die Selbstkosten enthalten außer den Annahmestellen angemessene Sätze für Abfuhrgelagen und Rückstellungen. Nach Maßgabe der periodisch zu ermittelnden, totalmäßig geleisteten Annahmestellen finden Grundpreisberechnungen statt. Der endgültige Selbstkostenpreis wird durch Verlängerung für Jahresabschlüsse bestimmt. Gleichmäßige Festsetzung des Zinssatzes für Jahresabschlüsse.“ Dieser famose Passus ist die Lat ungeschickt, wird dem Unternehmer ermöglicht, die feststen Selbstkosten zu errechnen. Man braucht nur in die Anlagen unserer modernen Aktien-Gesellschaften zu sehen, um klar zu werden, wozu bei solcher Sozialisierung die Reize gehen würde.

Nachdem, nach Mathenau, der Selbstkostenpreis festgesetzt ist, kann der Kohlenpreis auf die Löhne der Kohlenarbeiter übertragen. Zu dem Kohlenpreis werden nach Absatz 8 der Leitätze Aufschläge erhoben, die vom Reichskohlenrat periodisch bestimmt werden. Man braucht sich nur die Grundzüge, nach welchen die Aufschläge, also der Gewinn des Reichskohlenrates verteilt werden soll, ansehen, um zu erkennen, daß diese „Sozialisierung“ nicht im Allgemeinen liegen kann.

Zu Absatz 9 wird der Gewinn wie folgt verteilt: Die Vertriebsaufschläge ergeben nach Abzug der Betriebsausgaben des vom Reichskohlenrat bestimmten Gewinns. Dieser Gewinn soll mindestens so bemessen sein, daß er folgende Vergütungen gestattet: a) die erforderlichen Beiträge zur vertragsgemäßen Verzinsung und Rückzahlung der auf den Unternehmenswerten lastenden Schulden, b) die Aufwendungen für Verzinsung und Tilgung der vom Reichskohlenrat vorzuzinsenden oder geschuldeten Investitionen, c) die Vergütung für das in den Betrieben arbeitende personalwirtschaftliche Kapital. Die jedem Betrieb zuzubehaltende Vergütung wird auf Grund der geleisteten Bestimmungen, welche die Höhe der Vertriebsaufschläge des einzelnen Betriebes heranzusetzen sollen, vom Reichskohlenrat für ein Jahr ermittelt und vom Reichskohlenrat für ein Jahr festgesetzt. Die Kosten der Prämien für Lehrerentgeltungen und Erzeugungsverbilligung. Diese Vergütungen werden sowohl an Betriebe wie an Belegschaften gezahlt. Die Aufstellungen der Prämien an den Belegschaften im Bereich des Bergbaus im Vergleich zu anderen Bergbauarten, e) eine Tilgung der im Bergbau bestehenden Berganlagen oder Preisermäßigungen geschuldeten Liefer- oder geschuldeten Liefer, die der Reichskohlenrat unter Genehmigung des Reichskohlenrates festsetzt.

Diese Verteilung der Betriebsaufschläge besagt alles. Der Unternehmer bleibt, er wird nur einseitig reguliert. Die Betriebe bekommen als solche besondere Prämien (des Gewinns) und dem Bergbau will man geduldierte zum Erlaß auch einige Droschen vom Lohne dieser Sozialisierung geben. Aber nicht das alles. Rein, die Aufschläge fallen auch so hoch sein, daß im Laufe der Jahre

solche Mittelagen gemacht werden können, um den Bergbau für künftige Mittelagen die Bergwerke abzulassen. Wenn man diese Lat vollbracht hat, wird man von Sozialisierung reden wollen. Das diese Pläne in den jetzigen Mitten vollständig unbrauchbar sind, sollte man mindestens auch Mathenau einsehen. Die Befassung der Konsumenten, die Verteuerung der Produktion müßte folgen. Anstatt abzubauen mit den heutigen Preisen, würde die Löhne der Preissteigerung und ungemessene wachsen. Klar soll man sich darüber sein, daß gerade durch solche halben Maßnahmen den Grubenbesitzern die Waffe der Sabotage des Sozialisierungsgedankens in die Hand gedrückt wird.

Alle Sicherungen, die der Vorschlag Mathenaus noch vorsieht, werden an dieser Latzache nicht ändern können. Wird der Vorschlag Gesetz, so wird, wie so vieles in den letzten Jahren, etwas als Sozialisierung beschrien, das mit der wirklichen Sozialisierung nichts gemein hat. Die Mißstände und Auswüchse, die dieser Vorschlag und seine Durchführung zeitigen wird, müssen die Arbeitervertreter auf den Plan rufen, um durch gemeinschaftliche Aktion die wirkliche Sozialisierung zu erzwingen. Selbst bei Neugründungen von Bergwerken ist dem Privatkapital eine Hintertür offen gehalten, um zu ermöglichen, daß solche neuen Betriebe alten Betrieben angeschlossen werden. Mit Zweidrittelmehrheit des Reichskohlenrates kann eine beratige Maßnahme beschlossen werden. Hoffen wir, daß diesem Antisozialisierungsgesetz das gebührende Begräbnis zuteil wird.

Ein christlicher Denunziantenstreik und anderes

Vor kurzem fand in Witten eine von nahezu 1500 Personen besuchte öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt. Veranlassung zu derselben waren die Ausführungen Wiebers auf der Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes, wonach die deutsche Wirtschaft den Achtstundentag nicht vertragen könnte und daß die Löhne den heutigen Verhältnissen entsprechend ausreichen müßten usw. Ein christlicher Diskussionsredner Pabberg versuchte, die gemachten Ausführungen seines Kollegen Wieber dahingehend zu beschönigen, daß er (Wieber) nicht von der Verlängerung der Arbeitszeit gesprochen habe, sondern vom Festhalten am Achtstundentag und weiterer Verkürzung der Arbeitszeit für Schwerarbeiter, verwarf dabei aber zu bemerken, daß in demselben Atemzuge sein Freund Wieber sein Bedauern ausgesprochen hatte, daß die Verbände der deutschen Bergarbeiter nach dem internationalen Bergarbeiterkongress gefahren und dort für den Sechsstundentag eingetreten sind. Sind Bergarbeiter keine Schwerarbeiter? Diese von den „Christen“ bisher geübte Jesuitenmoral schlug dem Satz den Boden aus und die Versammlungsbesucher erkannten, daß die christlichen Gewerkschaftsführer mit den Interessen der Arbeiter Schindluder treiben.

Der christliche Metallarbeiterverband, so meinte der Redner, sei für die Verkürzung der Arbeitszeit viel früher eingetreten, als der Deutsche Metallarbeiter-Verband. Und das Wittener Zentrumskomitee meinte sogar — hattet euch fest, Kollegen! — als der christliche Metallarbeiterverband für die Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten sei, habe unser Verband den Dornröschenschlaf gehalten. Höher geht's nimmer! Zur Steuer der Wahrheit wollen wir hier noch einiges feststellen. Fest steht, daß von der Tribüne des Parlaments unsere Kollegen in der Sozialdemokratie für Arbeiterschutz und Arbeitszeitverkürzung gewirkt haben zu einer Zeit, als von den „Arbeitervertretern“ des Zentrums noch nichts zu merken war. Von den rechtsstehenden Parteien und vom Zentrum erhielten die Arbeiter zu Antwort, daß es mit den Arbeitern in der Schwerindustrie nicht so leicht bestellt sei. Die Zentrumsmagnaten im hiesigen Industriegebiet, die Gründer der christlichen Gewerkschaften, waren in der Interessensvertretung der Arbeiter noch launseliger als die National-Liberalen. Im Jahre 1906, dann wieder im Jahre 1907 und im Reichstag von der Sozialdemokratie im Interesse der Hütten- und Walzwerksarbeiter Resolutionen eingebracht und zum Teil auch angenommen worden. Endlich raffte sich im Jahre 1908 die Regierung auf und erließ eine Bundesratsverordnung. Die wenigen Bestimmungen, die zum Schutze der Arbeiter in der Schwerindustrie erlassen wurden, waren nichts als weiße Seife. Darauf wurden im Jahre 1911 erneut von der Sozialdemokratie die Klagen der Hütten- und Walzwerksarbeiter im Reichstag zur Sprache gebracht und dem Parlament folgende Resolution vorgelegt:

„Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, alsbald eine Ergänzung der Bundesratsverordnung vom 18. Dezember 1908, betreffend den Betrieb der Anlagen der Grobisenindustrie vorzunehmen, in der vorgeschrieben wird: 1. die Dauer der täglichen Arbeitszeit im allgemeinen, 2. die Einführung der achtstündigen Schicht für die in den Feuerbetrieben beschäftigten Arbeiter, 3. die innerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit einzuhaltenden Pausen, 4. die Einschränkung der Überarbeit, 5. die strengste Durchführung der zum Schutze der Arbeiter erlassenen gesetzlichen Bestimmungen, 6. die sanitäre Einrichtung der Arbeitsräume, die Einrichtung von Bad- und Wadaanstalten, Umkleide- und Speisekammern.“

Man sollte annehmen, daß diese Resolution zur Annahme gelangt sein würde, aber weit gefehlt. Das warme Herz des christlichen Arbeiterführers Giesbers ließ es im Interesse der Arbeiter nicht zu. Er und seine Genossen brachten eine Gegenvorstellung ein, die folgenden Wortlaut hatte: „Den Herrn Reichskongress zu ersuchen, dem Reichstag baldmöglichst eine Denkschrift zu unterbreiten über die Wirkung der Bundesratsverordnung für die Grobisenindustrie vom 18. Dezember 1908 und eine Erweiterung derselben im Sinne des Beschlusses des Reichstages vorzubereiten.“ Also eine Denkschrift zu unterbreiten über die Wirkung der unzulänglichen Bundesratsverordnung vom Jahre 1908. Anstatt für den achtstündigen Arbeitstag für die Arbeiter in der Schwerindustrie einzutreten, sollten erst Erhebungen angeestellt werden. Das Pabberg in der Versammlung in Witten nicht zucken konnte, wollte der „christliche“ Wagner retten. In provozierender Art und Weise wollte er es dazu bringen, daß die Versammlungsbesucher ihn mundtot machen sollten. Als dieses nicht gelang, versuchte er es, seine Ausdrücke in die gefällige und schmöckliche Form zu kleiden, die belegend auf die Versammlungsbesucher wirken mußte. Unausgesprochen wollen wir hierbei nicht lassen: wenn sich ein freigeistlich organisierter Arbeiter in christlichen Versammlungen so benommen hätte wie Wagner in der unfrühen, dann wären Bierfeld und Knappel als die verdiente Strafe von den Christen ausgehört worden.

Aber den Erfolg der Versammlung sehr erhoft, kamen das hiesige Zentrumskomitee, die „Wittener Volkszeitung“, und auch das „Wittener Lagerblatt“ dem christlichen Metallarbeiterverband wie treuherrliche Kauter zur Hilfe und stellten ihn in der Öffentlichkeit die viel verkopften Linsen. Auf die pöbelhaften Angriffe wollen wir nicht näher eingehen. Wir wollen dieselben mit dem Urteil des Zentrumskomitees bezeichnen. Der Herr Reichskongress, der einmal sagte: „Seine Presse steht so niedrig da, in seiner Hand so gefällig geklopft, wie in der Hand der Jesuitenprediger, die da, wo die Gründe vertragen, per persönlichen Besprechung und Verdächtigung greift.“ In der persönlichen Besprechung und Verdächtigung wird die kritische Presse von keiner anderen Presse überboten.“ Diese Kennzeichnung verdient reichlich auch das „Wittener Lagerblatt“.

Um der Mitgliederzahl im christlichen Metallarbeiterverband Einhalt zu setzen zu können, wird ein solches Geschäft aufgeführt. Unterem 14. September schreibt ein Präsidium in den beiden genannten Wittern unter Gemeinlichkeits folgendes:

„Die christliche Eintragung der Betriebsräte wird von den Gewerkschaften in einer Weise in den Dienst der Agitation gestellt, welche die Eintragung in den größten Maßstab bei Unternehmern und Arbeitern bringen muß. Das soll man dazu sagen, wenn der Ökonom des Betriebs, der von einigen Werten freigeigelt und dadurch aus dem praktischen Arbeitsverhältnis ausgeschlossen ist, seine engere Stellung dazu benutzt, um im Bereiche unter der christlichen Arbeiterpartei zu heben und sie gegen ihren Verstand zu machen? Die christlichen Arbeiter werden es sich auf keinen Fall gefallen lassen, daß von den Grobisen, die sie mit-

bedienen müssen, ein Mann bezahlt wird, der dann noch gegen sie heht und sie bei jeder Gelegenheit schikanieren, ja der sein Amt so ausübt, als sei er überhaupt nur zur Behebung der roten Agitation da. Ebenso wie wir uns weigern, unsere Beiträge in einer Organisation zu bezahlen, die unsere heiligste Überzeugung mit Füßen tritt, werden wir uns auch dagegen auflehnen, daß von den Werken bezahlte Betriebsräte in die Lage versetzt werden, uns während der Arbeitszeit mit ihren Agitationsmäßen zu traktieren. Wir fordern unsere christlichen Kollegen auf, überall beim Betriebsrat oder den Betriebsleitungen gegen derartige Treibereien zunächst den schärfsten Protest zu erheben. Wo das nicht hilft, wird mit Hilfe der Organisation nachgeholfen werden. Eine Sabotage des Betriebsrätegesetzes lassen wir uns nicht bieten, von welcher Seite sie auch kommen mag.“

Wie liegen nun die Dinge? Der Direktor der Mannesmann-röhrenwerke, Herr Koeder, hat ein Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gefragt, ob er den Artikel gelesen habe, was bejaht wurde. Dem christlich organisierten Kollegen Brunsbach soll das Werkzeug verstaubt worden sein und vor Veräufertungen sei er nicht sicher gewesen. Von dem Betriebsobmann zur Rede gestellt, ob ihm etwas passiert sei, konnte er nicht das geringste angeben. Auch die anderen christlichen Kollegen — es sind bitter wenige — wurden auf den Inhalt des Artikels aufmerksam gemacht und stellten fest, daß der Inhalt des Artikels der Wahrheit nicht entspricht. Die Kollegen vom christlichen Metallarbeiterverband erklärten, selbst zu ihrem Verband zu gehen und zu veranlassen, daß in der Öffentlichkeit der Inhalt des Artikels widerrufen werden sollte. Letzteres wollen sie auch ausgeführt und der noble Herr Wagner soll erklärt haben, er sei falsch unterrichtet worden und spreche darüber sein Bedauern aus. Aber unbefürmert dessen, wird der Artikel nicht widerufen, er soll seinen demagogischen Zweck erfüllen. Der christlich organisierte Kollege Brunsbach ist dann zum Deutschen Metallarbeiter-Verband übergetreten. Und nun kommt das Schändliche. In einer darauf folgenden Betriebsratsitzung hat Herr Direktor Koeder erklärt, ihm sei von außen mitgeteilt worden, daß der Betriebsobmann während der Arbeitszeit Sitzungen abhalte, Zeitungen verteile und Beitragsmarken verkaufe. Wir fragen: Wer ist dieser Salunk von Briefschreiber? Wo ist der Denunziant? Wofür Zungen behaupten, daß er im Büro des christlichen Metallarbeiterverbandes zu finden sei. Herr Wagner, dieser christliche Arbeiterführer, hat sich schon einmal schriftlich beschwerdeführend an Herrn Direktor Koeder gewandt, weil ein Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes zum Deutschen Metallarbeiter-Verband übergetreten war. Über das ist christlich noble Kampfesweise. Wir warten noch immer vergeblich auf die öffentliche christliche Gewerkschafts- resp. Metallarbeiterversammlung. Kollegen, nun in der Agitation nicht locker gelassen, der Erfolg ist uns sicher. Der Sieg ist unser trotz alledem!

Sitzung des erweiterten Beirats

vom 28. bis 30. September 1920.

An der Sitzung nehmen teil: von dem Beiratsmitgliedern: A. Schütke (Königsberg), Engelke (Stettin), A. Nopper (Danzig), J. Timm (Wreslau), B. Hoffmeister (Kattow), F. Karl (Neusalz), D. Ullrich (Züsch), K. Kuch (Brandenburg), A. Nieberich (Beipzig), A. Kirn (Chemnitz), F. Blund (Widau), R. Kaulfers (Magdeburg), W. Köpfer (Galle a. S.), B. Müller (Zeitz), F. Fenske (Gannover), W. Brinmann (Hildesheim), A. Pieper (Witten a. d. A.), R. Matthes (Sena), W. Müller (Gotha), Reichardt (Suhl), G. Garbe (Ahl), G. Kempfers (Hamburg), R. Landgraf (Bremen), A. Wuse (Wieselfeld), G. Gross (Dornbrück), W. Dettinghaus (Weselsberg), R. Gräffinghoff (Solingen), G. Fink (Wesertal), W. Steinhauer (Efen), W. Meise (Düsseldorf), F. Weiler (Dortmund), W. Fischer (Machen), A. Haas (Köln a. Rh.), G. Köpfer (Köln a. Rh.), F. Eitelberg (Gann a. d. S.), F. Fischer (Neuwied), G. Schmidt (Weslar), G. Reiche (Söppingen), G. Schulenburg (Kackrube), R. Fischer (Ludwigsfelde), R. Bernthaler (Hrugsburg), R. Köpfer (Erlangen), G. Unruh (München), P. Edert, O. Schumann, A. Zeiner (Berlin); von der Redaktion: R. Gaae, B. Ufermann; vom Ausschuss: R. Lang (Frankfurt a. M.); von den Bezirksleitern: R. Köpfer (Elsing), G. Bauer (Stettin), O. Gande (Wreslau), G. Scheffler (Berlin), W. Niebe (Dresden), R. Köpfer (Galle a. S.), D. Schulz (Hamburg), R. Wallbrecht, F. Spiegel (Düsseldorf), D. Bernad (Frankfurt a. M.), R. Wörthler, E. Schel (Stuttgart), R. Engher (München), D. Ziska (Berlin) und sämtliche Vorstandsmitglieder und Vorstandsbesitzer.

- Die Tagesordnung wird wie folgt festgelegt:
1. Die gegenwärtige Wirtschaftslage und die Organisation.
 2. Ortliche Mitteilungsblätter.
 3. Erhöhung der Beiträge und Streikunterstützung.
 4. Eigenwirtschaftsbund.
 5. Berufskonferenzen.
 6. Übertritt von Unionisten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung behandelt der Beirat die Zulassung eines Stellvertreters für den zurzeit auf einer Reise befindlichen Kollegen Kuch (Berlin). Der Vorstand beauftragt sich mit dem Status, das nur für die Beiratsmitglieder eine Vertretung vorsteht. Der Bezirk Berlin ist durch seinen ersten Bevollmächtigten vertreten. Eine Vertretung könnte nur in Betracht kommen, wenn der Bezirk überhaupt keinen Bezirksleiter entsenden könnte. Das Beiratsmitglied Garbe und Brandes betonen, daß dem erweiterten Beirat das Recht der Beschlußfassung nicht zusteht; die Auslegung des Statuts gehört nicht zu den Beratungsgegenständen des Beirats, dem Vorstand und Ausschuss sind der Generalversammlung verantwortlich. Ein Antrag auf Übergang zur Tagesordnung wird angenommen.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung führt Dismann etwa folgendes aus: Die Organisation ist durch die Wirtschaftskrise starken Belastungsproben ausgesetzt. Die Unternehmer benutzen die unglückliche Wirtschaftslage, um gegen die Arbeiter vorzugehen. Sie betreiben es zwar; trotzdem ist planmäßiges Vorgehen zu beobachten und die Parole: „Keine weiteren Lohnerhöhungen“ wird konsequent durchgeführt. Nach den Informationen des Vorstandes ist sogar ein Lohnabbau, besonders eine Kürzung der Abschläge, geplant. Als außerordentlicher Faktor ist die Kurzarbeit einzusetzen, die meist der völligen Arbeitslosigkeit vorausgeht. Die Verelendung breiter Massen wird von Woche zu Woche größer; besonders schlimm ist die Lage in der Fertigwarenindustrie, besonders der Exportindustrie Rheinland-Westfalens und Sachsens. In Sachsen zum Beispiel ist die Arbeitslosigkeit viermal größer als im Reichsdurchschnitt.

Redner streift die besonderen Tendenzen, die bei der Krise in Erscheinung treten, und die Finanzkrise des Reichs, der Bundesstaaten und Kommunen. Wenn sich die Dinge in der jetzigen Weise weiter entwickeln, sind die Kommunalverwaltungen auch am Ende (Zurufe: Jetzt schon!) wie die Reichsregierung und die Bundesstaaten. Die Krise erfährt eine besondere Verschärfung durch den Mangel an Lebensmitteln und Rohstoffen und durch das Abkommen von Spa, durch das die Kohlenversorgung der Industrie noch weiter reduziert werden mußte. Das Spa-Abkommen sind wir gezwungen, zu halten. Die Hoffnung, daß die Proletariat der feindlichen Länder ihren Regierungen in den Arm fallen werden, ist sehr gering. Auf Grund der Erfahrungen auf dem internationalen Metallarbeiterkongress glaubt Redner, sagen zu können, daß wir uns in dieser Hinsicht keiner Launhaftigkeit hingeben dürfen. Eine völlige Vereitigung der Wirtschaftskrisen kann nur durch Umstellung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaft erreicht werden und wir müssen uns auf den entscheidenden Kampf dazu bereithalten. Das darf jedoch nicht hindern, daß wir — im Interesse der Arbeiterschaft — alle Palliativmittel anwenden und fordern, die das schwere Los der Arbeitslosen erleichtern. Um dies zu erreichen, muß dem Vorstand alles Material, das auf die Materie Bezug hat, eingesandt werden, damit es bearbeitet und den Regierungen unterbreitet werden kann. Redner streift die von der

Regierung für die Arbeitslosen aufgewendeten Mittel und die produktive Erwerbslosenfürsorge, bei der sich das Privatkapital mit Händen und Füßen gegen alle Eingriffe wehrt. Wir verlangen, daß die Regierung in der Stein- und Zementindustrie kräftig zupackt und in eigener Regie aus den Staatswäldern das nötige Bauholz schafft, damit die Bauindustrie in Fluß kommt, durch die wiederum andere Industrien Beschäftigung finden. Die positive Einwirkung auf Parlament und Regierung sowie auf die Kommunen darf nicht nachlassen. Redner spricht weiter über die Belastung des Verbandes durch die Arbeitslosigkeit und über die Notwendigkeit der Aufnahme einer wöchentlichen Statistik über die Arbeitslosigkeit sowie über den Einfluß der Arbeiter auf den Produktionsprozeß. Wir dürfen uns nicht täuschen; die Forderung und Durchführung der Produktionskontrolle heißt Aufnahme des Entscheidungskampfes. Dazu müssen wir wissen, ob uns die Kraft innewohnt und ob wir mit Eroberung der politischen Macht auch die kapitalistische Wirtschaft beseitigen können.

Von Schlagworten dürfen wir uns nicht leiten lassen. Der Umbau der Wirtschaft ist nur möglich, wenn sich die Gewerkschaften darauf einstellen und wenn sie ihre Mitglieder in gemeinsamer Gedankenarbeit schulen und erziehen. Was zurzeit vielfach geschieht, ist geistige „Verziehung“, die bei weiterem Umfassen zum Unglück der Arbeiterschaft werden würde. Nur in starrer Zusammenfassung unserer Organisation liegt unser Erfolg; gelingt uns diese nicht, können wir die großen Kulturaufgaben nicht lösen, vor die wir gestellt sind. Wer dies heute sagt, wird als Schwarzmaler, Bremser, Konterrevolutionär bezeichnet. Trotzdem müssen wir den Mut haben, die Massen aufzuklären, und es wäre von Vorteil für uns, wenn alle verantwortlichen Kollegen dieser Aufgabe gerecht würdevoll. Leider ist das nicht der Fall; mancher läßt sich treiben wie ein schwankendes Rohr im Wind. Es geht um die Lebensfrage des Proletariats. Solange wir im gegenseitigen Streit unsere Kräfte erschöpfen, verabsäumen wir unsere historische Mission und kommen letzten Endes „unter die Mäher“. Einer weiteren Zerreißung der Arbeiterklasse muß Einhalt geboten werden. Redner bespricht darauf die wilthen Streiks im Verband. Die Organisation wird immer wieder umgangen und ausgeschaltet. Das muß aufhören, sonst verschzeren wir uns Nüchtern und Respekt. Die geschlossene Kampfesorganisation wird zerrissen. Der Schaden haben unsere Kollegen. Wir Metallarbeiter sind mehr als eine andere Organisation darauf angewiesen, eine geschlossene und einheitliche Politik zu verfolgen, und wir müssen verlangen, daß alle im Interesse der Organisation zusammenarbeiten. In der Zusammenfassung der Betriebsräte darf eine Doppelpolitik von verantwortlichen Kollegen nicht betrieben werden. Eine Gefahr für den Verband bedeutet auch die Streitfrage Moskau oder Amsterdam, besonders in Berlin. Der Vorstand hält es für ausgeschlossen, daß eine Verabbarung für sich zu dem Beschluß kommen kann, aus dem Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbund auszutreten; über diese Frage kann nur der Verbandstag entscheiden. Maßgebend für uns muß stets sein, wie wir dem Gesamtproletariat dienen können.

In der Debatte über das Referat Dismanns bebauert zunächst Ziska (Berlin), daß bei der beschlossenen abgeleiteten Redezeit nicht alles Notwendige gesagt werden kann, und stimmt den Ausführungen Dismanns über die Ursachen und Wirkungen, unter denen die Organisation leidet, zu. Der Weg zur Besserung sei von Dismann nicht so klar gezeichnet worden, wie es im Interesse der Arbeiter notwendig sei. Wir müssen eine ähnliche Taktik einschlagen wie die englischen Arbeiter und versuchen, durch eine einheitliche Aktion Druck zu erzeugen. Die Rechte der Arbeiter müssen so festgelegt werden, daß nichts daran zu denken ist, sonst werden diese Rechte von den Unternehmern, die die kapitalistische Wirtschaft sanieren wollen, immer wieder weggenommen. Die Wirtschaftslage erfordert die Bestimmung bei der Skalulation und der Preise. Das kann nur durch den Generalstreik erreicht werden. In dem sich entzündenden Kampf müssen die wirtschaftlichen Organisationen die Führung übernehmen. Redner ersucht um Annahme folgender Resolution:

Die gegenwärtige Wirtschaftslage Deutschlands erfordert, daß die Arbeiterschaft das alleinige Bestimmungsrecht der Unternehmer auf die Gestaltung der Preise der Produktion bricht durch Mitbestimmung der Betriebsräte auf die Skalulation der Preise der gesamten Waren. Dieser Einfluß ist nur zu erreichen durch den von der Gesamtheit der deutschen Arbeiter unter Führung der wirtschaftlichen Organisationen aufzunehmenden Kampf. Dieser Kampf kann nur in Form eines Generalstreiks geführt werden, damit durch diesen Kampf der Einfluß der Hand- und Kopfarbeiter auf die Preisgestaltung erkämpft wird, um das Recht der Betriebsräte auf die Gestaltung der Preise gesetzlich festzulegen. Der Beirat verlangt vom Vertreter des D.M.W., im A.D.G.W. sowie im kommenden Reichsbetriebsrätekongreß dahin zu wirken, daß die gesamten Hand- und Kopfarbeiter zu diesem Kampf aufgerufen werden, von dessen erfolgreichem Ausgang nur eine Gesundung und die Wiederaufrichtung der durch die Diktatur des Kapitals zusammengebrochenen Wirtschaft erwartet werden kann.

Mund (Zwickau) bespricht die fragwürdige Rolle der Regierungen, die nicht ernstlich gewillt sind, für die Interessen der Arbeiter einzutreten. Der Folgerung von Dismann, daß die Krise nicht so rasch abflauen wird, glaubt Redner nicht bestimmen zu können auf Grund eines Rundschreibens der Metallindustriellen und der gesunkenen Valuta. Es werde erneut ein „Ausverkauf“ einsehen und dann die Krise mit noch stärkerer Verzerrung wiederkehren. Dem müsse in schärfer Form begegnet werden.

Lieberaich (Leipzig) verweist im Referat Dismanns positive Vorschläge über die Beseitigung der vorgetragenen Mißstände und nimmt an, daß die riesigen Arbeitslosenfiguren und die Dichte der Industrie in bestimmten Gebieten ähnliche Zustände zeitigen werden, wie sie in Italien in Erscheinung traten. Eine allgemeine Aktion in Verbindung mit dem Gewerkschaftsbund ist möglich; aber wir müssen prüfen, wie weit wir als Organisation gehen können. Wir müssen in der Schwerindustrie den Kampf aufnehmen. Ob wir die Krise meistern können, ist fraglich; sie hängt zusammen mit dem Friedensvertrag von Versailles, der jeder Weltvertrag schließt. Auf die Unterstützung der französischen Arbeiter können wir nicht warten. Wir müssen alle Kollegen auf den Boden des Klassenkampfes bringen.

Oettinghaus (Weisberg) spricht über die erbärmliche Lage der Kleinrentnerindustrie in Rheinland-Westfalen und über die Frage der Waffenbeschaffung, wobei die Frage entsteht, ob Infanteriepatronen als Kriegswaffe anzusehen sind. Zum Schluß wendet sich Redner gegen die unverantwortlichen Elemente, die die einzige internationale Waffe, den Internationalen Bund in Amsterdam, zerlegen wollten. Das könnte dem internationalen Kapital passen.

Ziska (Berlin): Der Kollege Dismann hat uns gesagt, daß wir die kleinen Tageslöhne nicht außer acht lassen sollen. Aber wir befinden uns in außergewöhnlichen Zuständen und man muß diese von einer anderen Seite aus zu meistern suchen. Die proletarische Bewegung in anderen Ländern hat Dismann in trüber Weise geschildert und glaubt, daß wir von dort keine Hilfe zu erwarten haben. Für so ungünstig hält Redner die Lage nicht. Zur Inbesitznahme der wirtschaftlichen Macht brauchen wir die technischen und kaufmännischen Angestellten. Solange nicht an die Stelle von Amsterdam eine andere Organisation tritt, haben wir die Pflicht, für Amsterdam einzutreten; wir müssen die Organisation im eigenen Land mit Klassenkampfcharakter erfüllen, um dadurch auf den Internationalen Bund in Amsterdam einzuwirken. Auf der Grundlage des Parlamentarismus werden wir keine endgültige Besserung erzielen; weil aber ein großer Teil der Arbeiter dieser Ansicht ist, müssen wir versuchen, auf gefühligem Weg unsere Forderungen durchzubringen.

Schmidt (Weimar): Wir müssen der Betriebsräten bestimmte Richtlinien unterbreiten und ihre Schulung intensiv betreiben, wenn wir bei dem Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft das Zeit in die Hand bekommen wollen. Bei Verteilung der Wirtschaftslage darf nicht schablonenhaft verfahren werden.

Borchläger (Stuttgart): Eine große Zeit hat ein kleines Geschlecht gefunden. Die Arbeiterschaft streitet sich um Probleme und Richtungen, anstatt sich um Arbeiterpolitik zu kümmern. Ein verelendetes, verzweifelltes Volk kann sehr schnell zur politischen Macht gelangen, damit kommen wir aber nicht über die wirtschaftliche Misere weg. Es ist höchste Zeit, daß die organisierte Arbeiterschaft ihre Kräfte mustert und nicht nur kritisiert, sondern mitarbeitet. Die Ernährungs-politik der Regierung ist eine Politik des Wahnsinns. Die Ernährungsgründet diesen Ausdruck näher und kommt dann auf die Dividenden der Aktiengesellschaften, die Steuerpolitik, die Abwidlungsstellen und auf den riesigen Beamtenkörper zu sprechen, der geschaffen worden ist. Garbe (Kiel): Das deutsche Volk hat seine Lage nicht richtig erkannt, sonst wäre vieles anders. Die vom Vorredner aufgeworfenen Fragen können nur erledigt werden durch einen gewissen Arbeits-zwang und nur durch eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung. Mit der Propagierung des Generalstreiks geht Redner mit Berlin einig, aber hinter dem Willen muß die Tat stehen.

Gandke (Breslau): Der Beirat muß sich schlüssig werden, ob er der Ansicht von Dismann oder Ziska beitrifft. Der Vorstand muß das erforderliche Material erhalten, um die öffentliche Meinung zu bearbeiten. Die Gewerkschaften müssen mit den Betriebsräten Hand in Hand gehen; den Absichten, in verschiedenen Verwaltungen die Betriebsräteorganisation von den Gewerkschaften zu trennen, muß entgegengetreten werden. Die Betriebsräte sind ein Teil der Gewerkschaften und müssen es bleiben. Eine politische Revolution ist leicht. Zur wirtschaftlichen Revolution gehören nicht Wochen und Jahre, sondern Jahrzehnte. Ziska verlangt eine allgemeine Aktion, um die Macht der Unternehmer zu brechen. Einem Phantom dürfen wir nicht nachjagen; es ist zu bezweifeln, ob ein Generalstreik im jetzigen Augen-blick erfolgreich durchzuführen ist.

Das letzte Bollwerk

im Kampfe gegen den konzentrierten Kapitalismus ist die einige und geschlossene Gewerkschaftsbewegung. Durch die wildschäumenden Bogen der Meinungs-verschiedenheiten in den politischen Organisationen droht auch dieser letzte Fels der Einigkeit der sozialistischen Arbeiterklasse in den Strudel hinabgerissen zu werden. Schon rühren sich Sprengkolonnen in den eigenen Reihen, um zur Freude unserer Todfeinde dieses Werk der Zerstörung zu beginnen. **Verbandskollegen! Bewahrt eure Organisation vor Zersplitterung!** Aus den unten angeführten Äußerungen zweier Scharfmacherblätter erkennt ihr am besten, was auf dem Spiele steht. So schreibt die „Post“, Berlin:

„Dem deutschen Bürgertum kann diese Uneinigkeit der Arbeiterschaft nur willkommen sein, denn sie schwächt die Schlagkraft des Proletariats und bedeutet einen heilsamen Dämpfer gegenüber allen zu hoch gesteckten Zielen.“

„Und die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, dieses Pressepreit der Krupp, Stinnes, Kirdorf und Genossen grüßt schadenfroh:

„Es ist gut, daß dieser Mist in die U. S. V. D. kommt, umso besser werden wir mit den Arbeitern fertig werden.“

Besser als zehn Bücher beleuchten diese Zitate die Situation. Wie Flammenchrift müssen diese Worte das Gehirn jedes Proletariats erleuchten. Sollten die politischen Parteien ihrer geschichtlichen Mission nicht gewachsen sein und die Tätigkeit derselben nur eine immer tiefergehende Zerrissenheit der Arbeiterbewegung im Gefolge haben, dann wird es Zeit, daß die Arbeiter das Schwergewicht in die Gewerkschaften verlegen, um mit ihrer Hilfe den Kampf durchzuführen. Die geschlossene Gewerkschaftsbewegung, ausgebaut zur wahrhaft revolutionären Kampfesorganisation, wird dann das durchzuführen müssen, was den zerrissenen politischen Organisationen verjagt bleibt.

Keiner als je erhebt die Reaktion in Deutschland ihr Haupt. Deshalb, Arbeiter, Genossen, schützt und erhaltet eure Gewerkschaften!

Haas (Köln): Wir müssen nach einer Verordnung streben, die alle Arbeitgeber zur Mitteilung verpflichtet, wo verkürzt gearbeitet wird. Unverantwortliche Elemente finden bei der Stimmung der Arbeitslosen guten Resonanzboden und der Gewerkschaftsbund muß daher trachten, die Arbeitslosen in die Hand zu bekommen; es ist ungewöhnlich, für diese ein eigenes Sekretariat einzurichten. Die Stärke der Gewerkschaften muß auf wirtschaftlichem Gebiet mehr in die Waagschale geworfen werden; unser politischer Einfluß ist gering und wenn wir uns weiter gegenseitig zerfleischen, streiten wir alles in Grund und Boden. Es ist mehrfach auf England hingewiesen worden; die Erfolge dort liegen darin, daß die Führer einig sind und daß ihnen die Massen vertrauen.

Kopper (Danzig) schildert das wirtschaftliche Elend in Danzig, wo 12.000 Arbeitslose vorhanden sind. Er fordert die Kollegen im Reich auf, sich mit Aufrund solidarisch zu erklären und kein Material zur Herstellung von Waffen mehr nach Danzig zu liefern. Die dortigen Kollegen sind zur Herstellung von Kriegsmaterial gezwungen, weil Danzig abgeschnitten ist und damit die Großindustriellen die Massen in der Hand haben. Aus persönlicher Erfahrung glaubt Redner sagen zu können, daß in Frankreich die proletarische Revolution auf dem Marsch ist; nur die Militärdiktatur bewahre Frankreich vor dem Umsturz.

Brandes (Stuttgart) weist an dem von Schmidt (Weimar) angelegenen Falle nach, wie falsch die Anschuldigungen sind, der Vorstand unterbinde systematisch die Bewegungen. Der Vorstand ist gegen zügellose Bewegungen, da sie zumeist mit einer Niederlage der Arbeiter enden. Er muß gegen sie Front machen, weil der Verbands-tag und das Statut ihn dazu verpflichten. Soweit ein Abbau der Löhne beabsichtigt ist, haben und werden wir energischen Widerstand leisten. Redner bezeichnet es als infam, daß Moskau die Zerstückelung der internationalen Gewerkschaftsbewegung propagierte, der mit eigener Logik die Zerstückelung der Landesorganisationen folgen möchte. Das darf nicht geschehen. Nur innigste Zusammenarbeiten der Proletariatsmassen in den Gewerkschaften kann dem weiteren Vordringen der Reaktion auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet Einhalt bieten. Die Ansicht, daß die französischen Arbeitsbrüder uns be-springen würden, bezeichnet Redner als falsch auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen auf dem internationalen Metallarbeiterkongreß. Wir müssen uns der Tragik der jetzigen Zeit bewußt sein. Die Wirtschaftskrise, die viele von uns sofort nach Kriegsausbruch erwarteten, ist durch die Verschleuderung deutscher Waren infolge der Entwertung deutschen Geldes das jetzt verzögert worden. Die Gewerkschaften repräsentieren eine gewaltige Macht. Sie muß jetzt eingesetzt werden, um den Preisabbau, der durchaus möglich ist, beginnend bei den Rohstoffen, und ferner die Überführung in erster Linie der Rohstoffproduktion und den Dänen der Privatagenteurien in die der öffent-

chaft zu erreichen. Dann gewinnen die Massen wieder vollstes Vertrauen zu den Organisationen.

Lieberaich (Leipzig): Wenn wir die Ausschereien aus der Welt schaffen wollen, bleibt uns nur die sofortige Organisierung des Kampfes. Vor den Gefahren dürfen wir nicht zurückweichen. Die Organisation muß Forderungen stellen und mit allem Nachdruck die Produktionskontrolle und einen Preisabbau fordern.

Lang (Frankfurt): Die Debatte trägt den Charakter der Resignation. Das Arbeitslosenproblem muß in die Hände der Gewerkschaften gelegt, aber vom sozialistischen Standpunkt aus angefaßt werden. Was uns Dismann über die Sozialisierung und die Festigung des Kapitalismus sagte, muß uns als Leitmotiv dienen und wir müssen die ganzen Gewerkschaften auf die sozialistischen Ziele einstellen.

Rißer (Erlangen): Die Putsche müssen unterbleiben; die nötige Unterordnung muß wieder Platz greifen. Die Putsche zerstören unsere Macht. Einigkeit und Geschlossenheit sind Vorbedingung. An der Mißwirtschaft der Regierung sind wir nicht unschuldig.

Böcker (Köln): Die Krise kann nur in engstem Zusammenhang mit Politik und Wirtschaft der letzten sechs Jahre betrachtet werden. Die Krise ist eine Folge der durch den Krieg verursachten Materialverschleuderung, Menschenverluste und Gebietsabtretungen. Wir sind arm geworden und wir müssen versuchen, durch Steigerung der Produktion und durch Umgruppierung wesentlicher Bevölkerungs-teile sowie durch Ausschaltung aller Zwischenstellen zwischen Pro-duktion und Verbrauch aus dem Dilemma herauszukommen. Um die Rohstoffpreise zu ermäßigen, müssen wir mehr Austausch-ergebnisse herstellen; in bezug auf die Verbilligung der inländischen Rohstoffe Kohle, Eisen, Holz muß kräftig zugefaßt werden. Die einheimischen Rohstoffe können im Preis auf die Höhe herabgesetzt werden. Nur zwei Wege stehen uns offen: erstens die Mitarbeit in allen Körperchaften, die uns Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse gewähren, und zweitens der Generalstreik. Redner glaubt nicht, daß der Generalstreik das geeignete Mittel ist zur Eringung der wirtschaftlichen Macht; diese erreichen wir durch Wissen und Können. Nicht der Appell an die Justiz hilft uns, sondern die Revolutionierung der Masse.

Lang (Frankfurt) bringt folgenden Änderungsantrag zum Antrag Ziska ein: Dieser Kampf kann nur in Form von das ganze Wirtschaftsleben umfassenden Aktionen geführt werden. Als richtiges und letztes Mittel ist, um den Einfluß der Arbeiter und Angestellten auf die Preisgestaltung zu erreichen, der Generalstreik in die Waagschale des Kampfes zu legen.

Steinhauer (Essen) erörtert die Gründe, die seiner Ansicht nach die Schlichtungsausschüsse und die Regierung veranlassen, zu-ungunsten der Arbeiter zu entscheiden. Bezüglich der Ausführungen des Kollegen Lieberaich über die Möglichkeit der Kämpfe im Gebiete der Schwerindustrie gibt Redner seine Kenntnisse über die Verhält-nisse in der Schwerindustrie zum besten. Wenn wir einen Kampf anfangen, müssen wir erst prüfen, ob die dazu benötigten Truppen stoßkräftig sind und wir auf sie vertrauen können. Das gilt natürlich auch für das Ruhrgebiet. Jedem Kollegen, der einen Einblick in die Welt-stand der Revolution tun wolle, sei zu empfehlen, einmal nach Essen zu kommen, um sich über die Erfahrungen aus Anlaß der März-kämpfe zu orientieren. Was Redner bei der Auszahlung von Frühlings-geldern und aus anderen Anlässen erlebt habe, das gehe auf keine Ruhhaut. Der Vordersatz der menschlichen Gesellschaft habe sich noch nie so als hemmendes Gewicht an eine Bewegung gehalten, als an die Märzbewegung im Ruhrgebiet. Er (Redner) habe in den ver-lasteten Monaten kriminalistische Studien machen können, wie sie selten einem Menschen geboten werden. Deshalb müsse man schon derartige Bewegungen ihres idealistischen Umhanges entkleiden und sie zeigen, wie sie sind und nicht, wie sie sein sollten. Das trüge viel zur Enttäuschung bei.

Schulenburg (Karlsruhe) wendet sich gegen die Ausführungen von Kopper (Danzig) über den Idealismus der Franzosen. Eine Begeisterung für einen planmäßigen Streik sei nicht möglich. Zur Arbeitslosenunterstützung bemerkt er, daß die Parteigenossen im Parlament für Trennung der Kurzarbeiterunterstützung von der Erwerbslosenunterstützung sorgen müßten. Redner wendet sich darauf gegen die Resolution Ziska, die Arbeiter seien nicht in der Lage, einen längeren Generalstreik auszuhalten.

Ullrich (Fürstentum): Alle Redner zerbrechen sich den Kopf über die Frage, wie die Wirtschaft aufzurichten ist, und legen dabei die kapitalistische Wirtschaftsordnung zugrunde. Als Kommunist sage er, daß auf dieser Gesellschaft kein Aufbau möglich sei. Wir dürfen den Massen nicht immer sagen, daß sie zuerst ihre Kraft prüfen müssen. Wenn jede Nation Teillaktionen vornimmt, können wir nichts erreichen; nur ein Einheitsprogramm des Weltproletariats kann uns helfen.

In seinem Schlußwort geht Dismann auf die Aus-führungen der einzelnen Redner ein. Der Beschluß der Danziger Arbeiter, Kriegsarbeit herzustellen, ist beschämend und betäubend und wir müssen die Danziger Arbeiter an ihre Pflicht erinnern. Hinsicht-lich des Plans der französischen Arbeiter müssen wir uns an die Äußerungen der verantwortlichen Führer halten; über den internationalen Stärkegrad dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben. Der Arbeitslosen müssen wir uns annehmen; eine Miteildung der Arbeits-losen ist zwecklos, sonst kann es kommen, daß wir bei allen Miteil-dungen letzten Endes ratlos dahinsinken. Nach Ullrich soll der Ton unserer Reden für die kapitalistische Wirtschaft sein. Den Beweis ist er schuldig geblieben. Unser Ziel ist die Aufrichtung der sozialistischen Wirtschaft; aber darüber dürfen wir die Tagesarbeit und den Tages-kampf nicht außer acht lassen. Wir dürfen vor lauter Zukunft die Not der Arbeiter in der Gegenwart nicht vergessen. Bei allen Fragen, denen wir uns widmen, haben wir im Auge zu behalten, daß wir den Wirtschaftsprozess fortführen müssen, wenn er auf uns übergeht. Es ist richtig, daß der Generalstreik keine Werte schafft, es wäre aber falsch, ihn deswegen abzulehnen. Im entscheidenden Vorkampfskampf wird er notwendig sein.

Redner versteht nicht, wie Ziska als Gewerkschafter seine Reso-lution einbringen konnte, und bespricht eine vom Vorstand vorgelegte Resolution, die seiner Ansicht nach unsere prinzipiellen Grundanschau-ungen enthält, die historische Mission der Gewerkschaften darlegt und die nach außen kundgibt, daß der Beirat einig und geschlossen ist. Damit die Resolution nicht mißverstanden wird, betont Redner, daß sie ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu irgendeiner Partei ab-gesagt ist. Würde uns eine Partei zumuten, die Gewerkschaft zu zerlegen, so wäre das entschieden abzulehnen, da müßte man konsequent sein. Redner kommt nochmals auf die internationalen Beziehungen zu sprechen. Die Kampfbeding-ungen in den einzelnen Ländern müssen berücksichtigt werden und auf der Gewerkschaftsbund müssen wir unseren Einfluß ausüben. Der Vorstand lehnt es klar und präzise ab, aus dem Internationalen Bund auszutreten; wir müssen ver-suchen, den Internationalen Bund und den Gewerkschaftsbund im Willen unserer grundsätzlichen Auffassung zu beeinflussen. Bei den ökonomischen Verhältnissen jedes Landes ist es nicht möglich, nach russischem Muster zu arbeiten.

Der Entwicklungsprozeß in unserem Sinne wird stark gehemmt durch das dauernde Mißtrauen unserer eigenen Freunde. Der Be-triebätskongreß in Berlin bezeichnet Redner als einen wichtigen Markstein in der Entwicklung. Die Äußerungen von Ullrich, daß der Vorstand nicht im Sinne der Verbandstagsbeschlüsse handle, weist Redner zurück.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wird die von uns in Nr. 41 der M.-S. abgedruckte Resolution gegen 7 Stimmen an-genommen.

Ziska (Berlin) erklärt, daß er nicht aus prinzipiellen Gründen gegen die Resolution gestimmt habe. Der Sinn und Gedanke der Resolution muß Allgemeinut aller Gewerkschaften werden, aber die Kampfmethoden hätten klarer dargelegt werden sollen.

Ullrich (Fürstentum) erklärt gleichzeitig im Namen einiger seiner Freunde, daß wir als Gewerkschafter die Vorstandsresolution-alle annehmen müssen; die Ablehnung erfolgte nur, weil sie der Ansicht seien, daß eine... (Text ist hier abgeschnitten)

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 17. Oktober ist der 43. Wochenbeitrag für die Zeit vom 17. bis 23. Oktober 1920 fällig.

Für den Bezirk Mitteldeutschland mit dem Sitz in Halle a. S. wird ein

Bezirksleiter

zum sofortigen Antritt gesucht. Kollegen, welche sich um obige Stelle bewerben wollen, müssen längere Zeit in der Arbeiterbewegung tätig, mit allen Arbeiten in unserer Organisation vertraut, rednerisch begabt und in der Agitation bewandert sein.

Bewerbungen sind bis spätestens 1. November an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüststr. 16, einzureichen. Dieselben sind auf der Rückseite zu bezeichnen durch die Aufschrift: „Bezirksleiter für Halle“.

Die Anstellung erfolgt nach den Bestimmungen des § 81 des Verbandsstatuts. Gehalt nach den Beschlüssen der XIV. ordentlichen Generalversammlung in Stuttgart zuzüglich Zeuerungshulagen.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table with 4 columns: Verwaltung, für die Mitglieder der Beitragsklasse I, II, III wöchentlich, Beginn der Beitragszahlung. Rows for Neustadt a. D., Trier.

Die Rückzahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtfertigung: Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin: Der Schlosser Wilhelm Schäfer, geb. am 6. August 1870 zu Gaderleben, Mitgliedsbuch Nr. 3,333,963. Schäfer wurde in Nr. 45/1911 für nicht wieder aufnahmefähig erklärt und hat unter Verschweigung dieser Tatsache die neue Mitgliedschaft erlangt.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Hamburg: Der Schlosser Willi Lügen, geb. am 31. August 1877 zu Hamburg, Mitgliedsbuch Nr. 3,011,912, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Lübeck: Der Metallarbeiter Georg Kehler, geb. am 11. April 1875 zu Rohr a. Main, Mitgliedsbuch Nr. 3,753,244, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Trier: Der Bergmann Anton Scheid, geb. am 21. Februar 1897 zu Idenheim, Mitgliedskarte Nr. 233,719, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Gestohlen wurde: Mitgliedsbuch Nr. 3,179,963, lautend auf den Dreher Karl Deimann, geb. am 28. März 1904 zu Trier, eingetreten am 10. März 1919. (Trier.)

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! - Zugug ist fernzuhalten:

- von Formern und Sicherungsarbeitern nach Eplingen (Ehlinger Maschinenfabrik) M.; nach Neuf bei Düsseldorf (Meyn-Bessl. Eisengießerei) D.; von Gold- u. Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz; nach Leipzig D.; von Heizungsinstallateuren, Pilschmonteuren und Helfern nach München Str.; von Metallarbeitern nach Weichenrode (Fa. J. Kappel) D.; nach Bremen L.; nach Danzig St.; nach Elbing D.; nach Gehrten in Thüringen (Fa. Spemann) D.; nach Schemmerba in Thüringen (Meyn-Bessl. Metallwarenfabrik) M.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung genannt ist, Erwähnung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzubringen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zugeht, zum Nachweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

Berichte

Metallarbeiter.

Hamburg. Versammlung der Vertrauensleute, Bezirksdelegierten und Betriebsräte. Kollege Will. Peterßen erklärte in trefflichen Ausführungen die Aufgaben der Vertrauensleute. Er wies darauf hin, daß es im Jurium sei zu glauben, daß durch die Betriebsräte die Vertrauensleute überflüssig seien, und zeigte an Hand von Beispielen, daß auch den Vertrauensleuten noch eine große Reihe von Aufgaben zuzuteilen sei. Mehr als bisher sei es notwendig, sich bei den Vertrauensleuten an die Ortsverwaltung an das Statut zu halten. Die Vertrauensleute beauftragte, die Funktionen in gewissen Zeitabständen zusammenzufassen, um die ihnen zugehörigen und aufstrebenden Fragen aufzurollen und besprechen zu lassen. Peterßen schloß damit, daß ein gut funktionierendes Vertrauensleuteamt das Rückgrat der Organisation bedeute. In der sehr lebhaften Debatte sprach sich eine große Zahl von Kollegen dahin aus, dem Vertrauensleuteamt wieder mehr Beachtung zu spenden und für dessen gutes Funktionieren zu sorgen.

Halle. Eine sehr gut besuchte außerordentliche Generalversammlung nahm am Sonntag den 19. September 1920 erneut Stellung zu dem Zeitpunkt, bez. Sperrung der Druckanstalten für die „Rundschau“. Der Vorsitzende dankte für die einstimmigen Beschlüsse der Versammlung. Nach dem einstimmigen Beschlusse wurde eine lebhaft geführte Debatte über die Kollegen Peterßen, Grotz, Seibert, Springer und Eise abgehalten. Die Generalversammlung war allgemein der Auffassung, um möglichst allen Kollegen möglichst in der Organisation zu beteiligen, um in den kommenden Jahren Kampfen einheitlicher und erfolgreicher sein zu können, den von der Generalversammlung am 2. August gefassten Beschlüssen wieder anzuhängen. Folgender Antrag wurde mit 95 gegen 86 Stimmen angenommen: „Im Interesse der Organisation des in der Generalversammlung vom 8. August gefassten Beschlusses, der höchsten Stelle, die Druckanstalten zu sperren, aufzugeben und in Zukunft dieselben wieder gleichmäßig von Betriebsräte und Vertrauensleuten ausführen zu lassen.“ — Danach hielt der Kollege Brandes (Halle) ein interessantes Referat über die eigene Internationale und Wirtschaftliche.

Rundschau

Die Handelsbilanz Deutschlands wieder aktiv?

Der wirtschaftliche Zustand eines mit der Weltwirtschaft unidolisch verbundenen Landes wird dadurch charakterisiert, ob die Handelsbilanz aktiv oder passiv ist, das heißt, ob die Ausfuhrwaren die der Einfuhr übersteigen. Vor dem Kriege wurden die Zahlen der Ein- und Ausfuhr statistisch genau erfasst und veröffentlicht. Während und nach dem Kriege hörte jede Veröffentlichung über die Gestaltung der Handelsbilanz auf. Jetzt wurden nun endlich wieder einige Zahlen öffentlich zur Kenntnis gebracht:

Table showing trade balance for 1919 and 1920. Columns: 1919, 1920, Einfuhr, Ausfuhr, Handelsbilanz. Rows: Jan, Feb, Mar, Apr, Mai, Juni, Juli, Aug, Sept, Okt, Nov, Dez, Zusammen.

Danach hat die Ausfuhr im Monat Mai die Einfuhr um 110 000 000 M. übersteigt. Nur reicht auch diese Veröffentlichung zur wahren Beurteilung des deutschen Wirtschaftslebens nicht aus. Vor allem fehlen gerade die letzten Monate, die durch den Niedergang der deutschen Wälua und der deutschen industriellen Produktion charakterisiert werden. Auch läßt diese Zusammenstellung nicht erkennen, welche Arten von Waren zur Aus- und Einfuhr gelangten. Ebenfalls wäre es interessant, zu erfahren, inwieweit die Pflichterfüllungen an die Entente in den Exportzahlen zum Ausdruck kommen. Offenbar wird jetzt die ausführliche Handelsstatistik wieder aufgenommen, damit an diesem Barometer des Wirtschaftslebens jeder erkennen kann, wie es mit der Bedeutung Deutschlands in der Weltwirtschaft bestellt ist.

Kapitalbedarf der Industrie.

Wir leben in einer Zeit der Kapitalerhöhungen. Sämtliche Aktiengesellschaften haben ihr Aktienkapital erhöht. Teilweise ist die Kapitalerhöhung im riesigen Ausmaß erfolgt, man denke nur an die Transaktion der A. E. G. Die kapitalistische Produktion beginnt sich immer mehr zu konsolidieren. Die Konzentration des Kapitals macht riesige Fortschritte, indes die Macht der Arbeiterschaft nicht konzentriert, sondern durch alle möglichen Manipulationen immer mehr zerstückelt wird. Damit offenbart sich eine Unterlassungsünde, die von unseren Nachfolgern in späteren Zeiten wahrscheinlich als ein großes Verbrechen registriert wird. Wenn die Arbeiterschaft nur aus den wirtschaftlichen Vorgängen den geeigneten Schluß ziehen wollte. Eine kleine, wenn auch unvollständige Zusammenstellung über den industriellen Kapitalbedarf bringt das „Berliner Tageblatt“ in Nr. 467: „Industrieller Kapitalbedarf. Die von der Bankfirma Stenger, Hoffmann & Co., Kommanditgesellschaft, Berlin, veröffentlichte Statistik des industriellen Kapitalbedarfs zeigt für den Monat September erhöhte Differenzen. Das gilt besonders für die Stammaktien, von denen im September 443 Millionen Mark gegen 363 Millionen Mark im August geschaffen wurden, dann auch von den Obligationen mit 374 Millionen Mark gegen nur 47 Millionen Mark im August. Dagegen war die Ausgabe von Vorzugsaktien erheblich geringer. Sie betrug nur 13 Millionen Mark gegen 264 Millionen Mark im Vormonat, für den 250 Millionen Mark Vorzugsaktien der A. E. G. einzustellen waren.

Table showing industrial capital requirements by quarter for 1919 and 1920. Columns: Quart, 1919, 1920, Gesamt.

Die Tabelle umfaßt jetzt den Kapitalbedarf eines ganzen Jahres. Es ergibt sich eine Beanspruchung durch neue Aktien und Obligationen von über 9 Milliarden Mark. Dabei ist zu berücksichtigen, daß für die Aktien nur die Nominalbeträge eingesetzt sind und daß die wirkliche Beanspruchung auch deshalb höher ist, weil sowohl die Rangrückstellungen als auch der kumulierte Kapitalbedarf in der Statistik nicht enthalten sind.

Was der Unternehmer durch seinen Organisationsbeitrag erspart.

wird in der „Arbeitgeber-Zeitung“ an einem Beispiel den noch nicht organisierten Unternehmern vor Augen geführt. „Wenn ein Arbeitgeberverband“ — so heißt es in dem betreffenden Artikel — „für seine Mitglieder bei Abschluß eines Tarifvertrages einen um 10 % niedrigeren Stundenlohn durchdrückt, als der einzelne nicht organisierte Arbeitgeber zahlen muß, so ergibt sich für den einzelnen angestelltem Betrieb je nach der Größe folgende Ersparnis: bei 10 Arbeitern pro Jahr (300 Arbeitstage gerechnet) 2.400 M., bei 50 Arbeitern pro Jahr (300 Arbeitstage gerechnet) 12.000 M., bei 100 Arbeitern pro Jahr (300 Arbeitstage gerechnet) 24.000 M.“ Das sind Zahlen, die man sich gewöhnlich nicht vor Augen führt, die aber der einzelne Arbeitgeber, der sich durch angeblich zu hohe Beitragserhöhungen von dem Beitritt zu einem Arbeitgeberverbande abhalten lassen will, überlegen muß.

Und die Konsequenzen für die Arbeiter? Wohl der Unternehmer Lohnsperrung machen, so ist dafür die Vorbeugung eine gute Organisation. Das heißt nicht aber auch angeblich auf die Arbeiter zu, wenn sie höhere Löhne zu erzielen trachten. Da der Arbeiter der wirtschaftlich schwächeren Teil ist, muß er viel größere Anstrengungen machen, um organisatorischer Überlegenheit zu gelangen. Erforderlich dazu ist größte Opferwilligkeit in der Beitragszahlung und Erfassung aller Beschäftigten durch die Organisation. Werden für alle unsere Kollegen und Kolleginnen, ebenso wie es hier in der „Arbeitgeber-Zeitung“ für die Unternehmer geschieht, die durch den Verband erzielten Lohnvorteile berechnet, dann dürfte von unserer Verbandschaffen und Berufsorganisation niemand außerhalb des Verbandes leben. Deshalb, Kollegen, macht es den Unternehmern noch und macht eine Organisation.

Wolfs Staudinger †

Der Vorsitzende des Zentralverbandes der Eisenarbeiter Deutschlands, Wolf Staudinger, ist am 2. Oktober, nachmittags 3 Uhr, nach längerem Leiden in Leipzig gestorben. Geboren am 11. Mai 1877 zu Weiden in Oberbayern, erreichte er nur ein Alter von 44 Jahren. Der Verstorbenen hat seiner Umgebung, seiner Organisation viel gegeben und war dazu berufen, noch vieles zu geben. Vorsitzender der Organisation war der Verstorbenen seit April 1919, aber er blühte auf eine 17-jährige Tätigkeit als Redakteur des Verbandorganes zurück. Daraus läßt sich schon deutlich die Organisation der Eisenarbeiter kennzeichnen und charakterisieren.

Zur Waffen- und Munitionsfabrikation

wird und geschrieben: In Nr. 39 der Metallarbeiter-Zeitung vom 25. September 1920 stand eine Notiz, welche wohl von jedem Kollegen des Metallarbeiter-Verbandes sowie von jedem organisierten Arbeiter dringend beachtet werden muß. Ich meine den Artikel in der „Rundschau“: „Ein Appell an die Gewerkschafter!“ Aus diesen wenigen Zeilen habe ich herausgelesen, daß in der Waffen- und Munitionsfabrikation Wittenau eine Verminderung der Waffen- und Munitionsfabrikation stattfinden, welche durch eine Versammlung der Mitglieder beschlossen werden sollte. Als Mitglied des Metallarbeiter-Verbandes habe ich hieraus ersehen, daß in dieser Versammlung nur ein kleiner Teil für Einstellung der Produktion war und der größte Teil sich dagegen stellte aus Angst, durch eine Einschränkung der Munitionsfabrikation erwerbslos zu werden. Das ist beauerlich, noch beauerlicher aber ist, daß dieses Schauspiel im „revolutionären Zentrum“ Berlin sich abspielen konnte, und noch dazu von Arbeitern, die mit der Diktatur des Proletariats usw. nur so herumwerfen. Durch eine vollständige Bahmlegung der ganzen Kriegsindustrie wird ein großes Werk für die Kultur der ganzen Welt geschaffen. Nur ein kleiner Teil der Menschheit erhält durch diese Fabrikation ihren Lebensunterhalt, während wir aus dem verflochtenen Kriege ersehen haben, welches namenlose Elend durch die Wirkung der Waffen hervorgerufen wurde.

Die Vertümmelungen an unseren Brüdern und Männern, die zeitweilig ihren Angehörigen zur Last fallen, legen ein berechtigtes Zeugnis ab. Die Arbeiter der Munitionsfabriken sind die Förderer des Kriegskapitalismus, gegen die scharf vorgegangen werden mußte. Bei der gesamten Arbeiterschaft müßten sie nur auf Verachtung zu rechnen haben.

Ich möchte deshalb an die Kollegen sämtlicher Verbände die Bitte richten, einer weiteren Entwicklung der Kriegsindustrie Einhalt zu gebieten. Sämtliche Erzeugnisse werden größeren Nutzen bringen als die der Kriegsindustrie. Die Kohlen und die gesamten Rohstoffe der Waffenfabriken könnten wo anders besser verwendet werden. Alle Führer der Arbeiterorganisationen sollten die Arbeiterschaft der ganzen Welt aufrufen, die Herstellung von Waffen und Munition zu unterbinden. Fort, abermals fort mit sämtlichen Maschinen- und Werkzeugen der ganzen Welt! Fre. Wons (Königsbrunn).

Die Notwendigkeit der Errichtung von Konsumentenkammern

ergibt sich aus der Nachricht, daß der preussische Entwurf über die Reform der Handelskammern, der bereits im Vorjahre vom Handelsminister aufgestellt worden war und auch im allgemeinen die Billigung der Handelskammern gefunden hatte — den Konsumgenossenschaften brachte er nicht die Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche —, vorläufig dem Parlament nicht vorgelegt werden wird, da das Reich eine Neugliederung der wirtschaftlichen Verwaltungen vorbereitet. Es sollen kleinere Reformen, wie das einheitliche Wahlrecht der Handelskammern, durch eine kleine Novelle herbeigeführt werden. — Der Zentralverband deutscher Konsumvereine wird jetzt die Bildung von Konsumentenkammern nach Hamburger Muster überall im Reich, zunächst ohne die gesetzliche Grundlage, durchführen.

Vom Ausland

Frankreich.

Die Metallarbeiterbewegung in Frankreich. Der französische Nationalrat der Metallarbeiter (Conseil national des métaux), welcher die verschiedenen Gewerkschaften der Metallarbeiter vereinigt, veranfaßte eine Sitzung, in welcher wichtige Fragen der Bewegung zur Sprache kamen. Zuerst die der Arbeitszeit; in Frankreich ist die gesetzliche achtstündige Arbeitszeit noch nicht eingeführt, es gilt diese erst zu erkämpfen. Der Verband stellte jetzt seine dringlichsten Forderungen. (Zwischen hat die Regierung, wie wir aus den Mitteilungen des dem Völkerverbande beigegebenen internationalen Arbeiterbüros entnehmen, die Gesetzvorlage unterbreitet.) Prinzipielle Richtlinien enthalten die Beratungen bezüglich der Teilnahme der Arbeiter an dem Gewinne der Unternehmungen. Diese — in letzter Zeit in Frankreich sehr aktuell gewordenen — Forderungen lehnte die Vertretung der Metallarbeiter entschieden ab, und zwar mit dreifacher Begründung: 1. Sie stärkt die Macht der Kapitalisten, 2. sie ist wertlos, solange die Arbeiter zur Kontrolle der Produktion nicht berechtigt sind, 3. sie untergründet den Berufsgeizismus und schwächt den Sinn für das allgemeine Arbeiterinteresse. Auch der Verwilligung von Familienzuschlägen seitens der Unternehmer steht der Verband feindlich gegenüber: sie bedeutet ein Zurückfallen in patriarchalische Verhältnisse und verstärkt das kapitalistische System. Der Unternehmer darf die Pflichten der Gesellschaft nicht übernehmen. Gegen die Arbeitslosensteuer hatte der Bund starke Verwahrung eingelegt. Endlich gelangte eine Resolution zur Unterstützung der russischen Revolution zur Annahme, in einer Form jedoch, in welcher ihre Tragweite nicht überschätzt werden darf. Die in den verschiedenen Betrieben arbeitenden Metallarbeiter werden aufgefordert, diese wichtige Frage zu untersuchen (zu untersuchen? Schriftl. d. M.-Z.) und ihren Pflichten und Mitteln gemäß zu handeln, wobei auf die Schwierigkeiten bei der Durchführung der notwendigen Maßnahmen hingewiesen wird.

Eingegangene Schriften

- Die deutsche Revolution. Ihr Unglück und ihre Rettung. Von Heinz Strödel. Preis 22,50 M. Verlag: „Der Firm“, Berlin.
- Alfred. Ein Versuch einer Charakterisierung des Weltgeistes in der Religion des Sozialismus. Von Dr. Gustav Hoffmann. Preis 3,20 M. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Moskau.
- Koschütze. Wesenstüme eines Arbeiters. Von Jozef Koschütze. Preis 12 M. Verlag: Gilsbach & Co., Köln.
- Der britische Sozialismus der Gegenwart (1910—1920). Von M. Beer. Preis 5 M. Verlag: J. S. W. Dieck Nachf., Stuttgart.

Verbands-Anzeigen

Angestellte gesucht. mit der Aufschrift „Bewerbung, zu senden.“

Hannover. Als Agitationsbeamter für unsere Filiale in Heilberg wurde der Kollege Theodor Meier, Bremen, gewählt. Allen übrigen Bewerbern besten Dank.

Stoll i. Pom. Zum 1. Devoollnchtigen und Kaffler wurde Kollege Franz Scharfowski, Stoll, gewählt. Allen übrigen Bewerbern besten Dank.

Sonstige Anzeigen

Metallschleifer. 1 leibiger, welcher speziell auf Fahrdröbeln und alle vorkommenden Arbeiten unserer Fabrik eingearbeitet ist, in dauernde Stellung gesucht. Georg Riedl, Kiel, Knooperweg 62, Salzwitzer Anstalt und Metallschleifer.

Der Schlosser Friedr. Cioch, geb. 12. 11. 1900 zu Frankfurt a. M., wird gesucht, seine Adresse an seinen Vater nach Frankfurt a. M., Schmutzstraße 56, Wirtschaft Buch gelangen zu lassen.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdrucker- und Verlag, Stuttgart, Rüststraße 16 B.